

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 68 (1988)
Heft: 2

Artikel: Die politischen Parteien im Struktur- und Wertewandel
Autor: Fagagnini, Hans Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164562>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hans Peter Fagagnini

Die politischen Parteien im Struktur- und Wertewandel

Grosse Zustimmung erhält, wer die derzeitigen Probleme im wirtschaftlichen Leben der Industriestaaten als Probleme der Bewältigung des Strukturwandelns ausmacht, wer auf die dritte industrielle Revolution verweist und darauf hält, dass sich die wirtschaftlichen Unternehmen der Industriestaaten modernisieren. Lob und Zustimmung erhalten darum Regionen der früheren Uhrenindustrie, wo grössere und kleinere High-Tech-Firmen angesiedelt wurden. Umgekehrt werden einige Grossunternehmen, vorab der Maschinenindustrie, nachhaltig zur Modernisierung angehalten. In der Schweiz macht das Beispiel einer zentralschweizerischen Zigarrenfabrik die Runde, die heute erfolgreich Fahrräder — Mountain Bikes — produziert.

Sollen oder können die Parteien heute ebenfalls Fahrräder statt Zigarren produzieren? Haben sie sich überhaupt an die Gegebenheiten der Zeit anzupassen? Liegt es nicht viel mehr an ihnen, politische Führung zu übernehmen?

Zu fragen ist, worauf die Unterstützung, die die einzelnen Parteien erhalten, beruht. Zu fragen ist nach ihren Möglichkeiten, Themen und Fragen zu bündeln und zu artikulieren. Denn die Parteien sind Teile der Gesellschaft und Teil des politischen Systems. Als solche tragen sie dazu bei, dass autoritativ gültige Entscheide für die ganze Gesellschaft getroffen werden.

Niemand wird bestreiten, dass die Gesellschaften einer ständigen Entwicklung unterliegen. Zu fragen ist nur noch, ob der soziale Wandel heute so schnell voranschreitet, dass er sich drastisch auswirkt, oder still abläuft, oder dazu führt, dass die schweizerische Politik als ein Hort von Bewahrung erscheint.

Konflikte auf Dauer

Das schweizerische Parteiensystem hat mit den Jahren und Jahrzehnten Bindungen und Solidaritäten erzeugt. Nicht ohne Grund wird die fast

sprichwörtliche Stabilität des gesamten Gefüges so häufig erwähnt. Zumindest ist das Wählerverhalten ziemlich berechenbar. Wie in den anderen demokratischen Staaten Westeuropas liegen auch in der Schweiz die Wurzeln des heutigen Parteiensystems im 19. Jahrhundert. In einem sehr langen Prozess über Jahrzehnte haben die damals aufgetretenen Konfliktstrukturen und die politischen Institutionen einander wechselseitig beeinflusst.

Konstitutiv für unsere Parteienlandschaft sind folgende Konflikte:

- Der Verfassungskonflikt: liberale gegen konservative Staatsauffassungen;
- der Staat-Kirche-Konflikt, mit dem nochmals konservative, vor allem katholische Auffassungen im Kulturkampf wiederum auf liberale Opposition stiessen;
- der soziale Konflikt: die Arbeiterfrage hat ein sozialistisch/sozialdemokratisches und ein bürgerliches Lager ausdifferenziert;
- regionale Konflikte, die insbesondere zur selbständigen Vertretung bürgerlicher Interessen führte.

Diese schematisch skizzierten Konfliktstrukturen sind für die Schweiz nicht einzigartig. Sie entsprechen dem Konfliktgefüge, wie es auch in anderen europäischen Staaten entstand. Einzigartig ist aber der Verlauf der einzelnen Spannungs- oder Konfliktlinien. Überschneidungen sind festzustellen, sogenannte cross-pressures. Soziale Fragen überlappen konfessionelle und umgekehrt; regionale durchkreuzen konfessionelle und soziale Spannungslinien. Bedeutsam ist auch, dass die Konfliktlinien nicht entlang der sprachlichen Grenzen verlaufen, sondern auch diese überschneiden. Auf die Situation des einzelnen Bürgers bezogen bedeutet dies, dass er sich in einem Strömungsfeld befindet. Und dies heisst für die einzelnen Gruppen, dass sie ihre Konflikte nicht lupenrein austragen können. Das entspricht der Theorie, wonach die Überschneidung von Konfliktfronten stabilitätsfördernd wirkt, weil der Gruppenwettstreit weniger markant abläuft¹.

Dieser makropolitische Einstieg ruft nach Ergänzung, und so ist zu fragen, ob sich seither keine neuen Konflikte strukturbildend ausgewirkt haben und ob sich die konstitutiven Konflikte veränderten.

Von Joachim Raschke² stammt die Einteilung des politischen Ablaufes seit dem letzten Jahrhundert in verschiedene Phasen, während der jeweils mehr oder weniger festgefügte politische Denkensarten — Paradigmen — dominant gewesen sein sollen. In einer ersten Phase der europäischen Industriestaaten sei das Herrschaftsparadigma bestimmend gewesen, die Frage der Ausgestaltung der demokratischen Ordnung. Diese sei durch eine Politik abgelöst worden, die immer mehr in den Bahnen des wirt-

schaftlichen Wachstums, der technischen Entwicklung, der Schaffung sozialer Sicherheit und der Sorge um Vollbeschäftigung abgelaufen sei. Wohlfahrts- und Verteilungsparadigma heisst die entsprechende, während dieser Phase vorherrschende Denkensart. Diese sei ihrerseits im Begriff, durch eine neue dominante Denkensart abgelöst zu werden, das Lebensweise-Paradigma. Ronald Inglehart spricht von einer langsam, stillen Ablösung materialistischer Einstellungen durch neue postmaterialistische Wertorientierungen³. Das Aufkommen von grünen Parteien scheint seine Thesen zu bestätigen. Aus dem Aufkommen derartiger Parteien wird auch ein neuer Konflikt als konstitutiv abgeleitet. Es ist der Konflikt zwischen der Ökologie und dem vorherrschenden Industriesystem.

Ob der ökologische Konflikt tatsächlich für die Parteibildung konstitutiv ist, steht noch aus. An sich hat jede der heute noch dominanten Parteien einmal als ganz kleine Gruppe und soziale Bewegung begonnen. Jede brauchte Jahrzehnte, bis sie sich ihren Anteil an der politischen Macht ergattern konnte. Insofern ist die entsprechende Zeitreihe zu kurz, um eine schlüssige Antwort zu geben. Auch ist für das schweizerische Parteiengenfüge charakteristisch, dass in ihm immer wieder Kleingruppen⁴ eine zeitweilige Bedeutung erlangen und die Regierungsparteien ein Stück weit bedrängen konnten. Auf momentane Einbrüche folgte eine Integration der umstrittenen Thematik. Die heutigen Regierungsparteien erwiesen sich recht robust. Das wurde besonders deutlich, als Republikaner und Nationale Aktion weit mehr Parlamentssitze ergattern konnten als die heutigen Grünen⁵. Dadurch, dass die Bundesratsparteien zwar die extremen Forderungen klar ablehnten, aber das Anliegen als solches integrierten, verminderten sie die Chancen dieser Gruppen. Der politische Fortgang der Ereignisse bestätigt diesen Mechanismus, vor allem — im Zusammenhang mit dem Asylrecht — das Auf und Ab der Vigilants.

Vor allem unterscheidet sich das heutige ökologische Problem dadurch, dass hier ein öffentliches Gut in Diskussion steht, an dem alle teilhaben und auch alle, wenn es sich verschlechtert, Schaden nehmen. Insofern sollte das öffentliche Gut Umwelt eigentlich nicht konfliktsträchtig sein. Demgegenüber erscheint weder eine einzelne Konfession, noch der regionale Gesichtspunkt, noch gar die soziale Schichtzugehörigkeit als ein allgemein zugängliches öffentliches Gut. Sie haben im letzten Jahrhundert nicht nur die Geister geschieden, sondern bis heute der Sozialstruktur das Gepräge gegeben. Die Wahlforschung basiert nach wie vor zur Hauptsache auf sozialkulturellen Strukturfaktoren, wenn sie auch heute ergänzt werden muss.

Die Ergänzung des makropolitischen Einstieges ist also insgesamt nicht definitiv und abgerundet. Sie hinterlässt Fragen der Bewertung. Sollten die ökologischen Probleme eines Tages tatsächlich dauerhafte Konfliktlinien

bilden, stünde das politische System wiederum vor der Frage, wie es diese verarbeiten soll. Das bisherige Muster spricht für den Weg der Integration. Die Konflikte des 19. Jahrhunderts wurden durch Parteien auf Dauer organisiert, und diese wurden nach und nach in das System integriert, d.h. in den Bundesrat aufgenommen. Zeugnis dafür ist die 1959 geschaffene Zauberformel. Sie ist auch Ausdruck dafür, dass die verschiedenen Parteien ihre ursprünglichen Gründungsanliegen erfolgreich vertreten konnten und sich im Gruppenwettstreit die Animositäten teilweise abgeschliffen haben.

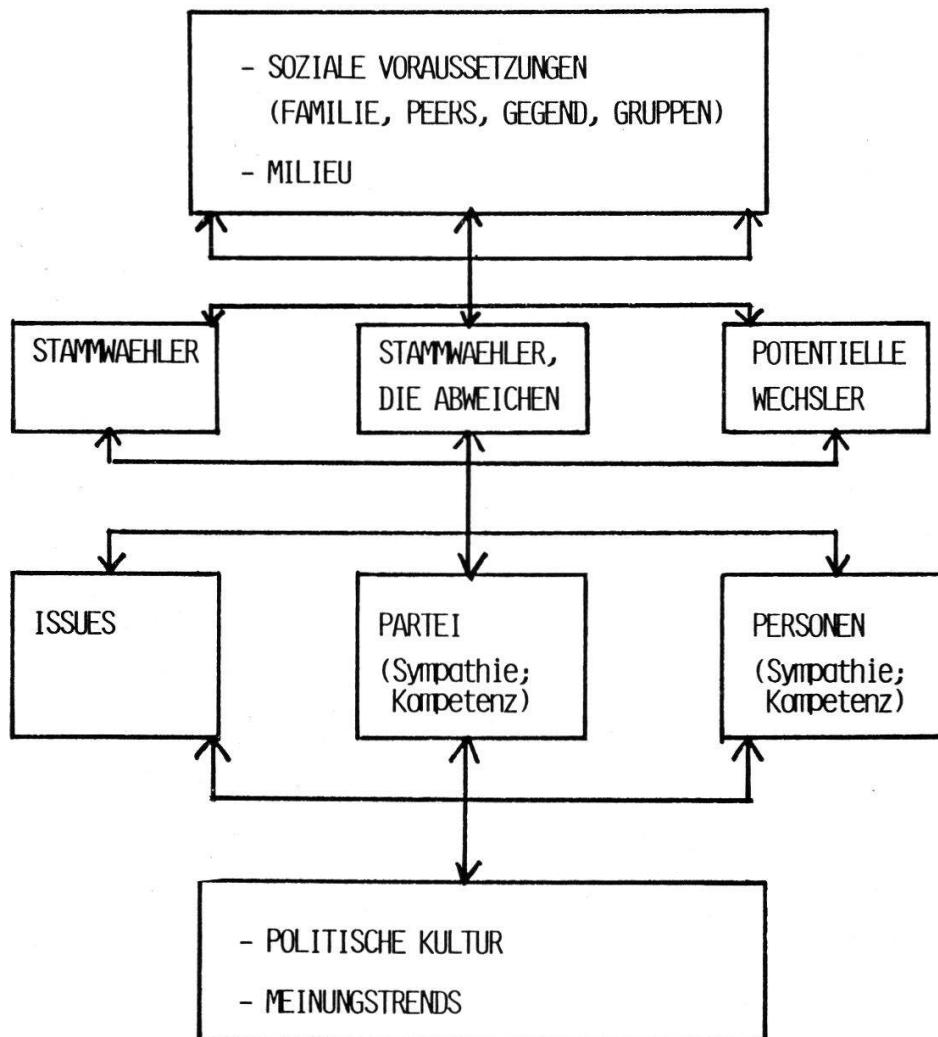
Soziale Kreise überschneiden sich immer mehr

Der makropolitische Einstieg verlangt vor allem auch eine Vertiefung, eine Perspektive hin zum individuellen Wählerverhalten. Damit wird die Einbettung in den grösseren Bereich der politischen Sozialisation sichtbar. Das war bis anhin nur indirekt der Fall: Wenn ein stabiles Parteiengefüge beschrieben wird, für dessen Wurzeln bestimmte Konflikte des letzten Jahrhunderts konstitutiv sind, erscheint die politische Sozialisation als reine und direkte Tradierung einer Kultur von Generation zu Generation. Aber diese Traditionen können sich mit der Zeit ändern. Auch kann soziales Lernen stattfinden.

Blickt man zu diesem Zweck in die Meinungs- und Wahlforschung, so fühlt man sich beinahe erschlagen. Eine verwirrende Fülle von Daten macht die Beurteilung äusserst schwierig. Es liegt daher nahe, sich zuerst an einer relativ traditionellen Wahlverhaltenstheorie zu orientieren und sich anschliessend zu fragen, welche Veränderungen berücksichtigt bzw. in das theoretische Gebäude eingefügt werden müssen. Diese Methode ist auch deshalb gerechtfertigt, weil nach wie vor Wahlforscher zum Schluss kommen, dass die ursprünglichen und langfristig wirkenden Bindungen nach wie vor eine Rolle spielen⁶.

In Michigan, USA, wurde das sogenannte Parteiidentifikations-Modell entwickelt. Es gibt an, wann und warum ein Wähler sich langfristig mit einer Partei identifiziert. Für den europäischen Kontext und auch für unser Land kann dieses Modell nur bedingt herangezogen werden, wenn die Aussage stimmen soll, dass Konflikte parteibildend waren⁷. In der Tat: Bindung oder Identifikation mit einer Partei ist bei uns letztlich gleichbedeutend mit Bindung oder Identifikation mit einer sozialen Gruppe, deren Interessen eine bestimmte Partei dann zu vertreten hat. Als typisch ist der Fall des Arbeiters zu bezeichnen, der einer Gewerkschaft beitritt und dann auch bereit ist, sich den Sozialdemokraten, oder — wenn er den «Christlichen» angehört — der CVP zuneigt.

BESTIMMUNGSGRÜNDE DES WAHLVERHALTENS



Auf diese Weise bildeten sich Wählertraditionen heraus, die für eine Wahlanalyse auch heute noch heranzuziehen sind.

Massgeblich für solche Analysen sind Faktoren wie der Beruf bzw. die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht und die Konfession⁸. Dabei sind die Eltern Agenturen der grösseren Gemeinschaft und sozialen Aggregate, der Kirchen, der sozialen Schichten und Berufsgattungen. Aber auch die Gruppe der Gleichaltrigen, die sogenannten peer-groups, sowie die Wohngegend, in der eine bestimmte politische Haltung dominiert, sind als Agenturen aufzufassen.

Familien, peer-groups, Wohngegenden und soziale Gruppen sind soziale Kreise⁹. Sie erzeugen Solidaritäten und Zusammengehörigkeitsgefühle. Wesentlichster sozialer Kreis ist die Familie. Sie ist darum die hauptsächlichste Sozialisationsagentur. Über sie werden Solidaritäten am nachhaltigsten tradiert.

Entsprechen sich nun die verschiedenen sozialen Umgebungen, deutet vieles darauf hin, dass sich das Wahlverhalten bald einmal stabilisiert. Wo Familien und Gleichaltrige in einer Gegend leben, die auch sozialkulturell ähnliche Auffassungen widerspiegelt, leuchtet ein, dass sich rasch recht stabile Bindungen ergeben. Aus solchem Holz ist dann der sogenannte Stammwähler geschnitzt.

Wo dagegen die soziale Umgebung nicht so homogen ist, sich die sozialen Kreise kreuzen und demzufolge unterschiedliche Solidaritäten aufeinander stossen, deutet vieles darauf hin, dass das Wahlverhalten nicht sehr stabil wird, sich immer wieder neu orientiert. Wo sich schon in der Familie unterschiedliche oder gar keine Orientierungen äussern, oder wo sich Gleichaltrige nicht so verhalten, wie es in der Familie eingeübt wurde, oder wo die Wohngegend einen anderen Hintergrund vermittelt, sind in der Regel die Bindungen an bestimmte politische Gruppen weniger fest. Spezielle Forschungen, die dem Einfluss der Familie dienten, haben denn auch die Rolle der Eltern untersucht¹⁰. Tendenziell soll die Mutter einen grösseren Einfluss auf die Kinder ausüben als der Vater.

Insgesamt stossen wir bei sich kreuzenden sozialen Kreisen auf potentielle Wechselwähler oder auf Wähler, die hin und wieder von ihrer Haltung abweichen können.

Daher erklärt die grosse soziale Mobilität der vergangenen Jahrzehnte ein Stück weit die lockerer gewordenen Bindungen zu den historischen Parteien. Schon die Verstädterung bedeutet ein Aufweichen ehedem homogener Strukturen. Umgekehrt erklärt sich die Stabilität auf dem Lande mit dem Weiterbestehen sozialer Strukturen.

Soziale Mobilität ist auch mit sozialem Aufstieg verbunden, Veränderungen in der Zusammensetzung der sozialen Schichten und der konfessionellen Struktur. Zum sozialen Aufstieg gehört ein generell gestiegener Lebensstandard sowie die verbesserte soziale Stellung des einzelnen. Dabei spielt die Schulbildung wahrscheinlich eine bedeutsame Rolle¹¹. Sie schlägt sich auch in der veränderten sozialen Schichtung nieder — insbesondere in der wachsenden Bedeutung des neuen Mittelstands. Seit Jahren dehnt er sich aus, während die Zahl der traditionellen Arbeiter rückläufig ist¹². Lange Jahre rückläufig war auch die Zahl der Selbständigerwerbenden. Klammert man den abnehmenden Bauernstand aus, zeigt sich jedoch, dass die Zahl der Selbständigerwerbenden wieder im Zunehmen¹³ begriffen ist. Mit Bezug auf die Konfessionen ist der Säkularisierungstrend evident. Die Zahl der Kirchgänger ist rückläufig, die Zahl derjenigen, die keine Konfession mehr angeben, steigend¹⁴. Steigend ist schliesslich auch die Zahl der Alternden¹⁵.

Hinter diesen sozialen Veränderungen steckt auch der wirtschaftliche Wandel: die «Tertiarisierung» unserer Gesellschaft. Seit der zweiten Hälfte

der siebziger Jahre arbeiten mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor. Der industrielle und der primäre Sektor sind stetig rückläufig¹⁶. Mit diesen Wandelscheinungen lockert sich der Zusammenhang fast zwangsläufig. Rechnet man zudem einen veränderten Jugendstatus mit ein, werden die Veränderungen noch deutlicher.

Modernisierung, das ist der zusammenfassende Begriff für all das, was sich gewandelt hat und weiterhin wandelt. Philosophen und Deuter des Zeitgeistes sprechen allerdings schon von der Postmoderne¹⁷ und meinen damit die Vielfalt an Stilarten, Meinungen und Anschauungen, die in beliebiger Zahl nebeneinander bestehen. Prosaischer ausgedrückt handelt es sich um Tendenzen der zunehmenden Individualisierung des Lebens. Wird damit das soziale Wählen durch ein individuelles Wählen abgelöst?

Mehr Themen und Personen...

Wer vor allem die sozialen Hintergründe betont, die für das Wahlverhalten entscheidend sind, macht es sich zu einfach. Wir hätten es dann bei den Wahlentscheiden mit einer höchst unpolitischen Angelegenheit zu tun. Zu sehr ist es in den letzten Jahren auch sichtbar geworden, dass besonders drei politische Gründe¹⁸ das Verhalten bei einer einzelnen Wahl bestimmen können: Die gerade aktuellen Streitfragen (issues), die jeweiligen Sympathien, die die einzelnen Parteien geniessen, und die Sachkunde, die ihnen für die Bewältigung der Probleme zugebilligt werden. Dazu kommen das Profil und die Ausstrahlung der verschiedenen Kandidaten. Wenn angenommen werden muss, dass durch die beschriebene soziale Mobilität und den erfolgten Wandel die Bindungen lockerer werden und das Wahlverhalten nicht mehr als besonders stabil bezeichnet werden kann, müssen diese drei Bestimmungsgründe mehr Gewicht erhalten.

In der Tat: Beruf und soziale Schichtung ebenso wie die Konfessionszugehörigkeit sind zwar nach wie vor als langfristige sozialstrukturelle Faktoren des Wahlverhaltens zu betrachten. Aber zu dieser langfristigen Sicht gesellt sich heute eine kurzfristige Perspektive. Es gab in der Politik noch nie ausschliesslich Strukturfragen, sondern immer auch konjunkturelle Schwankungen. Die einzelnen Wahlergebnisse bieten daher immer mehr den Massstab dafür, ob und wieweit die einzelnen Parteien auf dem politischen Markt mit ihrem Personalangebot und den Antworten auf bestimmte Themen richtig reagieren. Die Zeiten werden mehr und mehr der Vergangenheit angehören, da die Parteien ohne grosse Sensibilität gegenüber der Aussenwelt handeln konnten. Insofern wird das Wahlverhalten tatsächlich individueller, vielleicht sogar rationaler.

Eine einzelne Wahl oder verschiedene zusammen können aber auch zu sogenannten kritischen Wahlen werden. Die drei Bestimmungsgründe können so gewichtig werden, dass neue Parteibindungen entstehen oder locker gewordene Bindungen sich wieder verfestigen. Es sind natürlich vor allem die neuen Parteien, die in den einzelnen Wahlen Schlüsselwahlen erkennen wollen. Wenn die historischen Parteien zeit- und marktgerecht reagieren, müssen Anpassungs- und Veränderungsprozesse nicht stattfinden. Geben aber bestehende Parteien auf herrschende Zeitfragen keine überzeugende Antwort oder unterbreiten sie ein mangelhaftes Personalangebot, öffnen sie neuen Gruppen echte Chancen.

Veränderungen und Beharrungen erfolgen auf dem Hintergrund der vorherrschenden politischen Kultur und den jeweiligen Meinungstrends. Transportiert durch die Medien, erzeugen Ereignisse Stimmungen und Meinungen. Der rasche Zeitenlauf erzeugt rasche Stimmungswechsel. Es ist daher kaum übertrieben, von einer Stimmungsdemokratie zu sprechen.

Sollen in dieser Situation die Parteien tatsächlich Fahrräder statt Zigarren produzieren? Kommen sie überhaupt dazu, sich rasch wechselnden Stimmungen anzupassen? Was verbleibt als Profil einer Partei noch, wenn sie jeder Strömung folgt? Taktik und Strategie der politischen Parteien sind damit angesprochen.

Weniger in der Schweiz, mehr in Systemen mit fester Konkurrenz zwischen Regierung und Opposition galt bislang ein einfaches Rezept. Man ging von einer festgefügten Stammwählerschaft der Regierung und der Opposition aus. So lag es nahe, sich ausschliesslich um den Wechselwähler zu bemühen. Kampf um die Stimmen der Wechselwähler, das war hier die weitgehend befolgte Taktik und Strategie. Ob heute diese Rechnung aufgeht, ist nicht so sicher.

Derzeit glänzt je nach Wahlkampagne auch der Stammwähler durch Stimmenthaltung¹⁹ oder bei uns durch grosses Panaschieren. Nachdem er ans Zigarrenrauchen gewöhnt wurde, ist er offenbar nicht unbedingt bereit, seine Fitness auf einem Mountain-Bike zu erproben. Zumindest sind die Stammwähler nicht für jedes Umsteigen zu haben. Eine politische Partei ist offensichtlich nicht mit einem wirtschaftlichen Unternehmen gleichzusetzen. Schon bei den einzelnen Unternehmen ist zu fragen, ob sie sich für einen beliebigen Umstieg auf irgendeine Branche hin eignen.

... bei grösserer Bedeutung der Lebenswelten

Der Grund für eine spezielle politische Sichtweise liegt darin, dass hinter politischen Entscheiden immer oder meist auch Wertorientierungen stehen. Darum ist politisches Verhalten nicht auf sozioökonomische Aspekte zu reduzieren. Auch können die Parteien nicht möglichen Wech-

selwählern zuliebe irgendein politisches Angebot machen. Die politische Wahlforschung hat sich wahrscheinlich zu lange auf die herkömmlichen und immerhin noch gültigen Faktoren des Wahlverhaltens fixiert. Sie blendet zu einem guten Teil Werthaltungen aus. Heute ist sie im Begriff, diese wieder zu entdecken. Der Impuls kommt von jenen, die die These des Wertewandels vertreten und auch darauf verweisen können, dass neue Wertsysteme zumindest in Teilgruppen der westlichen Gesellschaften ausgeprägt sind. Am Anfang der Diskussion steht Ingleharts «stille Revolution» mit seiner Differenzierung nach materialistischen und postmaterialistischen Präferenzen. Auf die konkreten politischen Wahlergebnisse bezogen, wirken seine Auffassungen jedoch recht diffus. Zu einem relativ kleinen Segment von Materialisten und Postmaterialisten gesellt sich nämlich eine dominante Mischgruppe, die politisch kaum aussagekräftig sein kann²⁰.

Ergiebiger ist ein Ansatz, der heute wieder seine Bedeutung erlangt. Es ist die Frage danach, ob und wie sich die Bevölkerung in bestimmte Milieus oder Lebenswelten gliedern lässt. Schliesslich sprechen wir von der pluralistischen Gesellschaft und meinen damit, dass die Gesellschaft nicht mehr Träger eines einheitlichen Lebensgefühls ist.

Früher liessen die sozialen Aggregate direkt auf bestimmte Milieus schliessen. Bekannt ist die Beschreibung des katholischen Milieus von Carl Amery. Aber auch bürgerliche Werte und Werthaltungen von Arbeitermilieus bildeten wissenschaftliche Untersuchungsobjekte. Mit den beschriebenen sozialen Veränderungen hat sich jedoch auch eine Veränderung der Milieustruktur eingestellt, die neue, ebenfalls veränderte Lebenswelten zum Ausdruck bringt²¹. Die bisherigen Umfragearbeiten orientieren sich noch weitgehend an den Bedürfnissen der Kommerzwerbung, die je nach Produkt andere Lebenswelten anzusprechen versucht. Es ist aber abzusehen, dass sich hier auch ein neues politologisches Forschungsfeld auftun wird.

Denn bereits die vorhandenen Ergebnisse zeigen eine bemerkenswerte Differenzierung der einzelnen Lebenswelten und Lebensstile. Sie liefern auch so den empirischen Beleg für die Diskussion rund um das Stichwort Postmoderne. Vielleicht waren die Nationalratswahlen 1987 der erste Beleg, dass in der Schweiz eine politisch stärker interessierte Wählerschaft sich auch bei Wahlen mehr am persönlichen Lebensstil und der eigenen Lebenswelt orientiert und sich nicht mehr nur von der sozialen Herkunft leiten lässt. Diese neuen Aspekte verdrängen die bisherigen nicht; sie ergänzen sie.

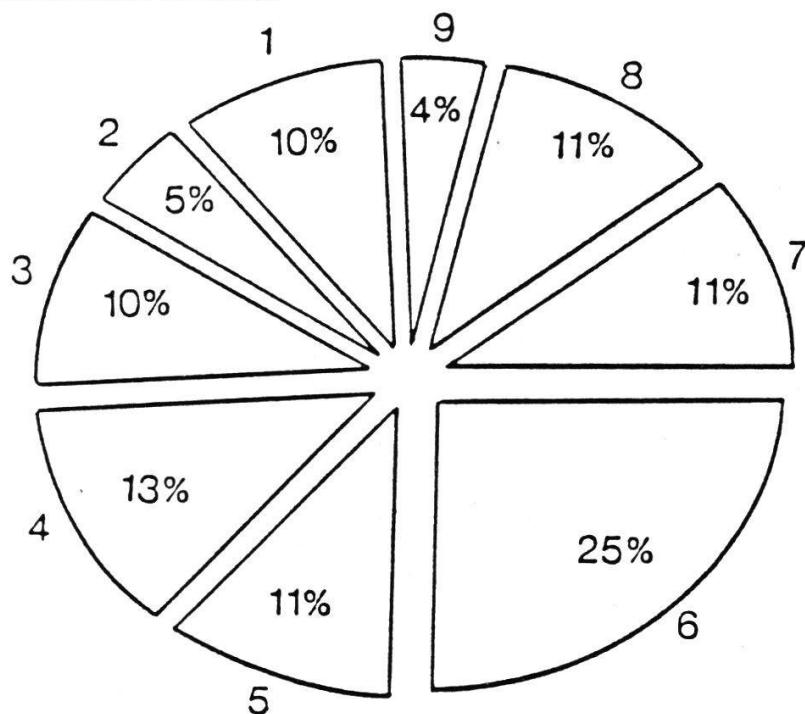
Wenn aber ganz unterschiedlich nebeneinanderliegende Lebensstile oder Milieus das Wahlverhalten stärker beeinflussen, bedeutet es, dass die einzelnen Parteien mehr als früher vor dem Phänomen stehen, dass sie

unterschiedliche Werthaltungen bündeln müssen. Es sei denn, dass sich eine politische Gruppe vorab aus einem Milieu nährt. Das ist aber heutzutage höchstens bei den Grünen oder bei den Extremgruppierungen zur Rechten wahrscheinlich. Die andern politischen Parteien vereinigen in sich eine Mehrzahl verschiedener Lebenswelten. Damit werden sie vor das schwierige Problem gestellt, ein Gleichgewicht zwischen der traditionellen Wertüberzeugung und dem Zugehen auf veränderte Phänomene zu halten. Vielleicht macht gerade dies sichtbar, warum heute weit mehr als früher kleinere Gruppen in Erscheinung treten, da sie direkter und unverfrorener auftreten können. Sie können rascher auf die auftretenden Stimmungsschwankungen reagieren und müssen sich nicht erst um unterschiedliche Werthaltungen kümmern.

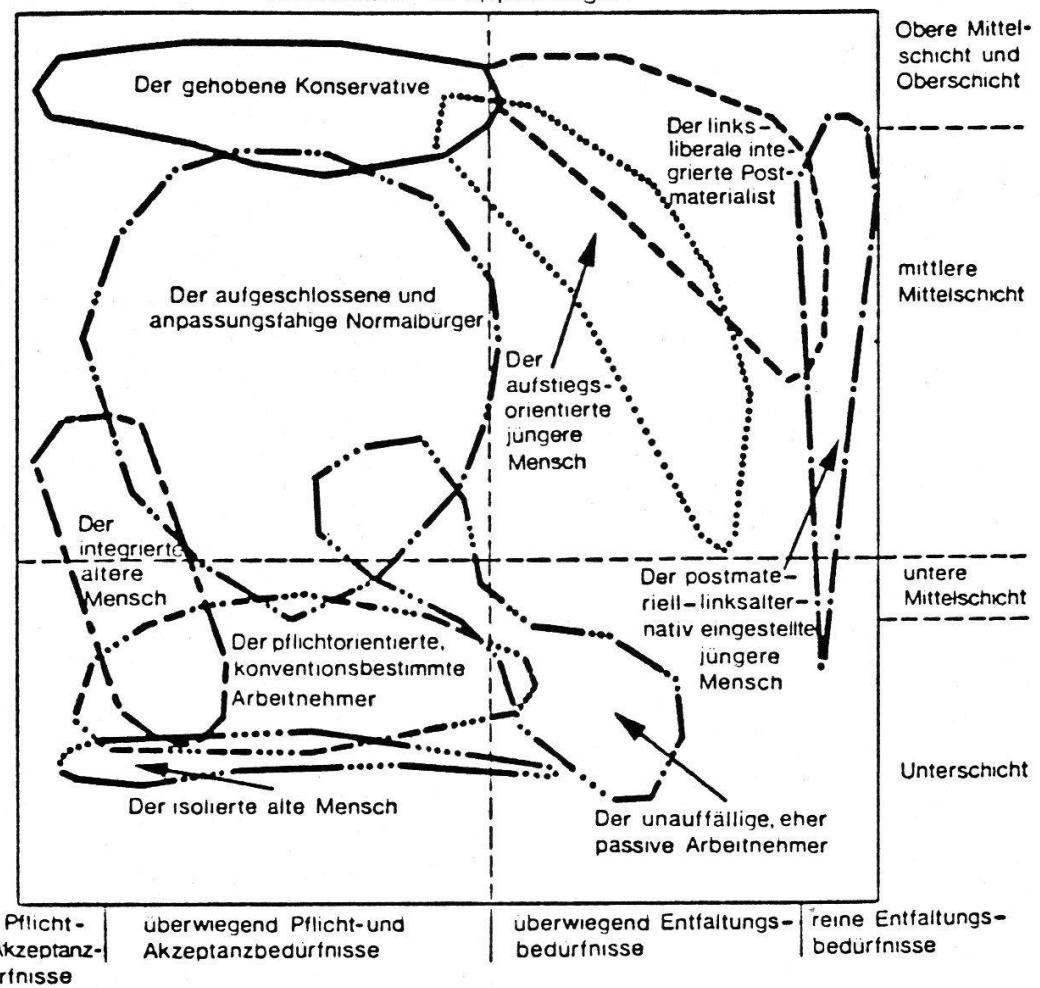
Beispiel einer Lebenswelt-Analyse (Aus: Gluchowski, 21 und 28)

Lebensstil-Gruppierungen

- 1 Der aufstiegsorientierte jüngere Mensch
- 2 Der postmateriell-linksalternativ eingestellte jüngere Mensch
- 3 Der linksliberale, integrierte Postmaterialist
- 4 Der unauffällige, eher passive Arbeitnehmer
- 5 Der pflichtorientierte, konventionsbestimmte Arbeitnehmer
- 6 Der aufgeschlossene und anpassungsfähige Normalbürger
- 7 Der gehobene Konservative
- 8 Der integrierte ältere Mensch
- 9 Der isolierte alte Mensch



**Schichtzuordnung und gesellschaftliche Wertorientierungen von
Lebensstil - Gruppierungen**



Das notwendige Gesamtkonzept

Den historischen und grossen Parteien dagegen ist aufgetragen, aus einem Gesamtkonzept heraus Politik zu gestalten. Je mehr sich auch die Lebensstile ausdifferenzieren, desto nötiger ist ein ganzheitlicher Ansatz. Wer den nicht findet, dem bleibt letztlich nur, bestimmte, entsprechende Schichten anzusprechen und sich auf sie zu konzentrieren. Durch ein entsprechendes Personalangebot und eine entsprechende Themenwahl oder adäquate Interpretation der anhängigen Streitfragen muss diese Ausrichtung sichtbar gemacht werden. Eine grünalternative Gruppe dekliniert Politik heute unter dem Stichwort Umweltschutz. Sie kann sich dabei auf ein bestimmtes Milieu stützen. Hingegen müssen die heutigen Regierungsparteien dem Thema Umweltschutz zwar ebenfalls grosse Bedeutung einräumen, jedoch gleichzeitig darauf verweisen, dass noch andere Aufgaben zu berücksichtigen sind und der Umweltschutz nicht ohne Rücksicht auf

alles übrige verwirklicht werden kann. Eine solche Partei wird denn auch nicht nur Kandidaten aufstellen, die sich mit Bart und handgestrickten Kleidern präsentieren. Vermutlich sind die drastischen Verluste der Sozialdemokraten ein treffendes Beispiel für diesen Wandel. Die SPS mag sich zu sehr dem grün-alternativen Milieu in die Arme geworfen und übersehen haben, dass in ihrer Wählerschaft noch andere Lebenswelten beherbergt sind.

*

Die politischen Parteien befinden sich nach wie vor auf einem traditionsreichen Grund. Sie stehen aber auch inmitten eines Modernisierungsschubes, in dem Fehler stärker bestraft und gute Leistungen besser belohnt werden als früher. Mit den Themen, die sie ansprechen, mit der Kompetenz, die sie erweisen und mit dem Personalangebot erhöhen sich ihre Steuerungsmöglichkeiten angesichts einer immer individuelleren Wählerschaft. Doch die Individualisierung setzt ihnen Schranken. Sie zwingt sie — wenn sie sich nicht bloss vom Wellenbad der Stimmungen und Meinungen tragen lassen wollen — zu einer stärkeren intellektuellen Durchdringung und Begründung der Politik.

¹ Zu diesen Theorien vgl. Nohlen/Schultze (Hrsg.): Politikwissenschaft. Theorien — Methoden — Begriffe. 2. A. München/Zürich 1987, Bd. 1, 453 ff. — ² Joachim Raschke: Politik und Wertewandel in den westlichen Demokratien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/80, 23 ff. —

³ Ronald Inglehart: The Silent Revolution. Princeton, New Jersey 1977; ders.: Vergleichende Wertwandelforschung. In: Berg-Schlosser/Müller-Rommel (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Opladen 1987, 177 ff. — Der empirische Gegenbeweis findet sich vor allem bei Oscar W. Gabriel: Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1986. — ⁴ Vgl. dazu generell Harmel/Robertson: Formation and Success of new Parties. A Cross-National Analysis. In: International Political Science Review 4/1985, 501 ff. Zwischen 1960 und 1980 entstanden in 19 westeuropäischen Staaten 233 neue Parteien. — ⁵ Der Wähleranteil der Grünen belief sich bei den Nationalratswahlen 1987 auf 4,8%, derjenige der Republikaner und NA 1987 aber auf 7,2%. — ⁶ Manfred Küchler: Wahl- und

Surveyforschung. In: Klaus von Beyme (Hrsg.): Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift 17/1986, 194 ff. Ritter/Niehuss: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundes- und Landtagswahlen 1946—1987. München 1987, 10 ff. Gibowski/Kaase: Die Ausgangslage für die Bundestagswahlen am 25. Januar 1987. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 48/86, 3 ff. — ⁷ Jun-Ichi Kawate: Political Socialization in Contemporary Japan. In: International Political Science Review 3/1987, 245 ff. — ⁸ Ritter/Niehuss (Anm. 6), 19. — ⁹ Kaltefleiter/Nissen: Empirische Wahlforschung. Paderborn/München/Wien/Zürich 1980, 104 ff. — ¹⁰ Klaus Wasmund: Engagementbereitschaft und Parteipräferenzen bei Jugendlichen. In: Bernhard Clausen (Hrsg.): Politische Sozialisation in Theorie und Praxis. München/Basel 1980, 41 ff. — ¹¹ Ritter/Niehuss (Anm. 6), 33 ff. — ¹² Eine dazugehörige Statistik fehlt. — ¹³ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1986, 149 ff. Nach der Betriebszählung 1985 gibt es 304 619 Betriebe, 1975 waren es 288 474. — ¹⁴ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1986, 27.

1980 haben 5,5% keine oder eine andere als die offizielle Konfession angegeben. 1970 waren dies 1,4%. — ¹⁵ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1987/1988, 19. Der Altersindex beträgt für 1980 67,2, für 1970 dagegen noch 53,7. — ¹⁶ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1987/1988, 336f. Danach waren 1986 6,5% im Primär-, 38% im Sekundär- und 55,5% im Tertiärsektor tätig. Zudem findet bekanntlich auch im Sekundärsektor eine Tertialisierung statt. — ¹⁷ Vgl. Wolfgang Welsch: Die Philosophie der Mehrsprachlichkeit. Postmoderne und

technologisches Zeitalter; Hans Lenk: Eindeutig vieldeutig, Max A. Höfer: Zynismus heute. In: Die politische Meinung 1987, 58ff. — ¹⁸ Kaltefleiter/Nissen (Anm. 9), 131ff. Hans Peter Fagagnini: Rekonstruktion der Politik. Bern 1987, 43ff. — ¹⁹ Vgl. dazu die Wahlanalysen der Parteizentralen von CDU und SPD, die offen die Zahl der Wählenthaltungen ausweisen. — ²⁰ Gabriel (Anm. 3), 155. — ²¹ Peter Gluchowsky: Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12/1987, 18ff.

**Weniger Fett, weniger Kalorien
und so gut!**



**Viertelfetter
Streichschmelzkäse**
200 g, 6 Portionen
(1 Portion von 33 1/3 g
nur 52 kcal = 218 kJ)



Sprüngli

**Qualität
aus
Tradition**

Paradeplatz, Hauptbahnhof, Shop Ville,
Löwenplatz, Stadelhoferplatz, Glattzentrum,
SC-Spreitenbach, Airport-Shopping Kloten